



Hausmitteilung

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

der Doppelhaushalt der Stadt Karlsruhe für 2011 und 2012 wurde verabschiedet und zu unser aller Freude vom Regierungspräsidium genehmigt. Karlsruhe hat sich mit seinen Schwerpunkten in den Bereichen Bildung, Soziales und Jugend gut aufgestellt. Die Freude darüber wurde leider kurze Zeit später durch die Ereignisse in Japan überschattet. Nach der verheerenden Atomkatastrophe in Fukushima gab es eine Wende in der Energiepolitik vieler Staaten, so auch in Deutschland. Die SPD-Gemeinderatsfraktion setzt sich schon seit vielen Jahren für den Ausbau von regenerativen Energien in Karlsruhe ein und freut sich über die – wenn auch späte – Einsicht. Wichtig ist jetzt nicht nur pauschal den Ausbau der regenerativen Energien zu fordern, sondern auch die konkrete Umsetzung vor Ort zu intensivieren. Aus diesem Grund haben wir eine Anfrage an die Verwaltung gerichtet, um den Stand der erneuerbaren Energien in Karlsruhe zu erfragen.

Weitere Informationen und den über die Arbeit der SPD-Fraktion und unseren Report finden Sie auf unserer Homepage unter www.spd-fraktion-ka.de.

Doris Baitinger
Fraktionsvorsitzende

Pınar Karacınar
Fraktionsgeschäftsführerin

Doppelhaushalt 2011/2012 verabschiedet SPD-Fraktion erfreut über die Ergebnisse der Beratungen

Für die Stadträtinnen und Stadträte waren es lange und arbeitsintensive Wochen, die sie mit der Vorbereitung der bevorstehenden Haushaltsberatungen verbrachten. Am 15. März 2011 wurde der Doppelhaushalt schließlich verabschiedet.

Foto: Thorben Wengert/pixelio.de



Die SPD-Fraktion blickte nach den zweitägigen Haushaltsberatungen des Karlsruher Gemeinderats zufrieden auf die daraus hervorgegangenen Ergebnisse zurück. Von insgesamt 25 gestellten Anträgen der Sozialdemokraten wurden 22 Anträge beschlossen, davon drei in modifizierter Form. „Unsere Erfolgsquote von fast 90 Prozent hat der SPD-Fraktion gezeigt, dass wir eine vernünftige Stadtpolitik mit Augenmaß betreiben und deshalb die erforderlichen Mehrheiten zur Durchsetzung

unserer Anträge gewinnen konnten“, zeigt sich Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger zufrieden. So wurde zur Freude der SPD beispielsweise beschlossen, bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zwei Stellen zu schaffen, die Zuschüsse für die Teilzeitausbildung für junge Mütter und Väter sowie für ein Projekt zur Hausaufgabenhilfe zu erhöhen.

Zufrieden zeigte sich auch der stellvertretende Vorsitzende und Haushaltssprecher der SPD-Fraktion, Hans Pfalzgraf: „Wir sind froh, dass die vielen von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen sinnfreien Kürzungen, die auf den falsch prognostizierten Zahlen der Wirtschaftsbürgermeisterin Mergen zur Finanzlage der Stadt beruhen, von der Verwaltung zurückgezogen wurden.“

Kritik an Kürzung der Gelder für die Bauausstellung durch CDU und GRÜNE

Kritisch äußerten sich die Sozialdemokraten hingegen über die Streichung der Gelder für die Bauausstellung. „Wir bedauern, dass die Kleingeister der CDU und Grünen die Gelder für die Bauausstellung im Jubiläumsjahr 2012 gestrichen haben und damit der erfolgreichen Zusammenarbeit mit dem KIT schaden“, erklärt Stadtrat und Planungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion Michael Zeh.

Besonders erfreut waren die Stadträte der SPD-Fraktion über den Beschluss des Gemeinderats, dass nun mit dem Bau des Kinder- und Jugendhauses Südwest begonnen werden kann und die jungen Menschen in der Südweststadt endlich eine dauerhafte feste Einrichtung bekommen.

„Wir sind stolz und froh darüber, dass es uns gelungen ist, dieses Kinder- und Jugendhaus auf den Weg zu bringen und freuen uns jetzt schon auf die Eröffnung“, so die jugendpolitische Sprecherin der Fraktion, Yvette Melchien.

SPD hakt nach: Wie wird die UN-Behindertenrechtskonvention in Karlsruhe umgesetzt

Mit der Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung durch die Bundesregierung ist diese Behindertenrechtskonvention (BRK) für Deutschland bindend geworden. Die Umsetzung der BRK hat nicht nur auf Bundes- und Landesebene zu erfolgen, sie muss ebenfalls in den Kommunen, so auch in Karlsruhe berücksichtigt werden.

„Obwohl seit der Ratifizierung zwei Jahre vergangen sind, wissen viele Betroffenen immer noch nicht, welche Rechte und Pflichten sich für sie aus der UN-Konvention ableiten“, kritisiert Angela Geiger, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Aus diesem Grund hat die SPD-Gemeinderatsfraktion einen Antrag an die Stadtverwaltung gestellt, damit diese prüft, wie sich diese UN-Konvention auf die Gesetze zur Eingliederung behinderter Menschen auswirkt und wel-

che individuellen Vereinbarungen getroffen werden können. Darüber hinaus stellt die SPD-Fraktion die Frage, welche Maßnahmen bereits durch die öffentliche Hand umgesetzt werden. In Erfahrung bringen möchten die Sozialdemokraten zudem, ob behinderte Menschen ein Klagerecht auf Einhaltung der Konvention haben und wie sich die BRK auf die Ausgestaltung der individuellen Lebensplanung im Bereich von Wohnen und Arbeiten auswirkt.

„Unsere Stadt ist moralisch und rechtlich dazu verpflichtet bei der Wahrung und Durchsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen mitzuwirken. Deshalb müssen wir uns mit dem genauen Inhalt der BRK und den daraus resultierenden Verpflichtungen für die Stadtverwaltung vertraut machen“, so die beiden SPD Stadträtinnen Ute Müllerschön und Angela Geiger abschließend.

Neue Serie:



Stadträtin im Porträt

Yvette Melchien – Mühlburg, Daxlanden

Seit 2009 ist Yvette Melchien Mitglied des Karlsruher Gemeinderates. Mit ihren 24 Jahren ist sie nicht nur das jüngste Mitglied der SPD-Fraktion, sondern auch des Gemeinderates. Yvette ist jugendpolitische Sprecherin der Fraktion und Betreuungsstadträtin der Stadtteile Mühlburg und Daxlanden. Neben ihrem politischen Engagement ist die Lehramtsstudentin auch ehrenamtlich in der Katholischen Jugend aktiv. In ihrer Freizeit spielt sie gerne Gesellschaftsspiele. Mit ihrer positiven Art und ihrer Begeisterungsfähigkeit ist sie eine Bereicherung für die Karlsruher SPD.

Mehr über Yvette gibt es unter: www.spd-fraktion-ka.de zu lesen.

SPD-Fraktion fordert Austausch der Design Müllbehälter

„Das Erscheinungsbild Karlsruhes ist in einigen innerstädtischen Bereichen katastrophal“, so die SPD-Gemeinderatsfraktion in ihrer Pressemitteilung. Den Bewohnern und Besuchern dieser Stadt drängt sich vielerorts ein unappetitlicher Anblick durch überquellende Müllbehälter sowie verunreinigte Straßen und Haltestellen auf, kritisieren die Sozialdemokraten. Dieser Zustand ist nicht akzeptabel. „Es kann nicht sein, dass sich eine Stadt wie Karlsruhe derart präsentiert und diese Prob-

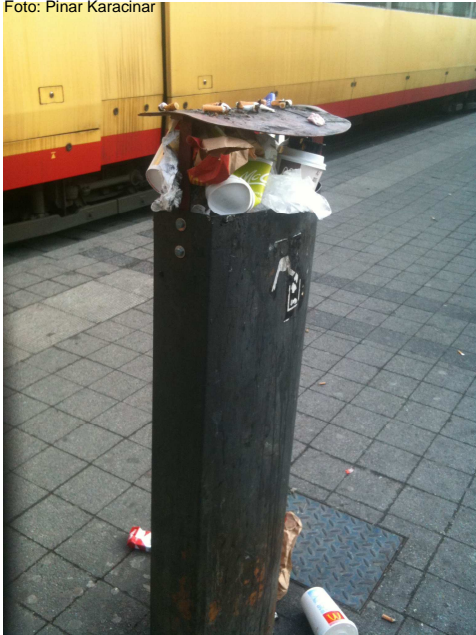
lematik auf die verschiedenen Zuständigkeiten bei Reinigung und Papierkorbentleerung schiebt“, klagt SPD-Stadtrat Dr. Heinrich Maul.

Deshalb soll die Stadt Karlsruhe die Synergieeffekte zwischen allen für die Abfallbeseitigung zuständigen Ämtern und Gesellschaften optimiert nutzen, fordern die Sozialdemokraten in einem Antrag an die Verwaltung. Darüber hinaus soll die Reinigung an publikumsträchtigen Orten, insbe-

sondere am Hauptbahnhof, in den frühen Morgenstunden, bis spätestens 8 Uhr abgeschlossen sein. Der Reinigungsturnus an stark frequentierten und publikumsträchtigen Plätzen soll laut SPD-Antrag erhöht werden.

Der Hauptgrund für den stark verunreinigten Dauerzustand am Hauptbahnhof und anderen Haltestellen liegt in den funktional ungeeigneten Design-Müllbehältern, erklären die Stadträte der

Foto: Pinar Karacinar



SPD-Fraktion „Diese haben zwar einen großen unterirdischen Tank, der eine beträchtliche Menge an Müll aufnehmen kann, aber der Schacht durch den der Müll hinunterfällt ist eindeutig zu schmal. Dadurch bleiben Abfälle, die etwas größer sind, wie beispielsweise Papp-Kaffeebecher oder Getränkeflaschen, im Schacht stecken und verstopfen diesen. Infol-

men kann, aber der Schacht durch den der Müll hinunterfällt ist eindeutig zu schmal. Dadurch bleiben Abfälle, die etwas größer sind, wie beispielsweise Papp-Kaffeebecher oder Getränkeflaschen, im Schacht stecken und verstopfen diesen. Infol-

ge dessen kann auch der anschließend eingeworfene Müll nicht durch den Schacht hinunterfallen, so dass der Abfallbehälter im Nu überquillt und der Abfall neben der Mülltonne landet“, beschreibt SPD-Stadträtin Elke Ernemann das Problem.

Zudem ist über dem Abfalleimer in einem relativ kleinen Abstand eine Art Abdeckung, auf der Zigaretten ausgedrückt werden können. Allerdings ist dieser Abstand derart klein, dass der Einwurf von vielen Abfällen, wie beispielsweise Getränkedosen erschwert ist. Dies führt dazu, dass größere Gegenstände aufgrund des umständlichen Einwerfens in den Müllbehälter von vielen auf den Boden geworfen werden.

„Die Abdeckung zum Ausdrücken der Zigaretten ist konvex gewölbt, so dass es sich auch bei ordnungsgemäßem Verhalten überhaupt nicht vermeiden lässt, dass dort ausgedrückte Zigaretten auf den Boden fallen“, erklärt SPD-Stadtrat Jürgen Marin. Die Öffnung auf dem konvex gewölbten Metall zum Einwerfen der ausgedrückten Zigaretten ist viel zu klein, so dass auch dieses Behältnis innerhalb kurzer Zeit überquillt.

Daraus resultiert, dass eine Verunreinigung auch durch sich ordnungsgemäß verhaltende Personen aufgrund der ungeeigneten Müllbehälter nicht vermeiden lässt. Dies bedingt zusätzliche Reinigungen, die wiederum mit Kosten verbunden sind, die bei geeigneten Müllbehältern nicht erforderlich wären. Aus diesem Grund müssen die Design-Müllbehälter gegen geeignete funktionelle ausgetauscht werden, so die Sozialdemokraten in ihrer Antragsbegründung.

SPD fordert Mikrokreditprogramm zur Beschaffung energieeffizienter Haushaltsgeräte

In vielen Haushalten bestehen zahlreiche Spielräume zum Einsparen von Energie. Dies steigert nicht nur die Energieeffizienz und senkt laufende Kosten der Endverbraucher, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

Bei Stromspartnern, die Haushalte mit geringem Einkommen kostenlos über Einsparmöglichkeiten beim Strom- und Wasserverbrauch beraten, ist die Nachfrage außerordentlich hoch. Diese leisten einen wichtigen Beitrag, damit Privathaushalte ihre bestehenden Einsparpotentiale besser ausschöpfen können.

„Ein kleiner Schritt zu noch mehr Energieeffizienz ist die Ergänzung der erfolgreichen Energieberatung der Stromspartner durch Hilfe und finanzielle Unterstützung

bei der Beschaffung von energieeffizienten Haushaltsgeräten“, erklärt SPD-Stadträtin Gisela Fischer.

Foto: L.Pfefferkorn/pixelio.de



Bedauerlicherweise sind viele Alg II-Bezieher und Wohngeldberechtigte aufgrund ihrer begrenzten finanziellen Mittel nicht in der Lage die Anschaffung von energieeffizienten Haushaltsgeräten selbst zu tätigen. Ein Mikrokreditprogramm aus den Mitteln des Klimaschutzfonds könnte hier die notwendige Unterstützung bieten, so die SPD-Gemeinderatsfraktion. „Der Austausch eines veralteten Geräts gegen ein energieeffizientes neues Gerät würde Energie sparen und sich schnell amortisieren“, begründet Fischer den Antrag der Sozialdemokraten.

Aus diesen Gründen hat die SPD-Fraktion folgenden Antrag bei der Karlsruher Stadtverwaltung gestellt:

Antrag

1. Die Verwaltung legt aus Mitteln des Klimaschutzfonds ein Mikrokreditprogramm auf, das zur

Beschaffung von energieeffizienten Haushaltsgeräten für Bezieher von Arbeitslosengeld II und Wohngeldberechtigten dient.

2. Die Vermittlung der Mikrokredite und die zugehörige Beratung werden von den Stromsparpartnern unterstützt.

SPD-Fraktion möchte Informationen zu regenerativen Energien

„Die verheerende atomare Katastrophe in Japan hat zu einem Wendepunkt in der Atompolitik geführt, so dass der Ausstieg aus der Atomenergie nunmehr unumstritten ist.

Die Abschaltung von deutschen Kernkraftwerken ist aber nur ein erster Schritt. Darüber hinaus muss alles dafür getan werden, dass die wegfallenden Strommengen aus deutschen Atomkraftwerken nicht durch den Import ausländischen Atomstroms ersetzt werden, so die SPD-Fraktion Karlsruhe. „Daher sollte diesem durch den Bezug von Strom aus regenerativen Energien und weiteren Anstrengungen beim Stromsparen entgegen gewirkt werden“, erklären die SPD-Stadträtinnen Ute Müllerschön und Gisela Fischer.

„Sehr erfreulich ist, dass in Karlsruhe die Stadtwerke bereits seit einiger Zeit einen speziellen Tarif anbieten mit Mehrkosten von 4 Cent pro Kilowattstunde, die zur Förderung des Ausbaus regenerativer Erzeugungsanlagen in Karlsruhe investiert werden“, lobt SPD-Stadtrat Jürgen Marin.

In diesem Zusammenhang drängt sich den Sozialdemokraten die Frage auf, ob und in welchem Umfang die Stadt und ihre Gesellschaften Strom aus regenerativen Energien beziehen. Dies wollen

sie in einer Anfrage an die Stadtverwaltung in Erfahrung bringen. Darüber hinaus möchte die SPD-Fraktion wissen mit welchen Maßnahmen

Foto: Josef Becker/pixelio.de



der Stromverbrauch im Konzern Stadt sofort reduziert werden kann und wie mittelfristig ein geringerer Stromverbrauch erzielt werden kann.

Zudem interessiert die Sozialdemokraten auch, wie hoch die Einsparung an Kohlendioxid wäre, wenn die Stadt Karlsruhe zu 100 Prozent Strom aus regenerativen Energien beziehen würde.

Die SPD-Fraktion Karlsruhe wünscht Ihnen schöne Pfingsten!



Doris Baitinger
Hans Pfalzgraf
Michael Zeh
Elke Ernemann
Jürgen Marin

Ute Müllerschön
Gisela Fischer
Dr. Heinrich Maul
Angela Geiger
Yvette Melchien

Impressum: Der SPD-Report wird vierteljährlich herausgegeben von der SPD-Fraktion Karlsruhe, Hebelstr. 13, 76133 Karlsruhe
Telefon: 0721-29290, Telefax: 0721-23433, E-Mail: spd@fraktion.karlsruhe.de, Internet: www.spd-fraktion-ka.de

Verantwortlich: Doris Baitinger, Fraktionsvorsitzende; **Redaktion und Layout:** Pinar Karacinar, LL.M., Fraktionsgeschäftsführerin

Bilder: Pixelio, Pinar Karacinar; **Druck:** Druckerei Bernd Böckle, Karlsruhe; Auflage: 1.900